

USA – EU – BRD

Hände weg von Venezuela

Kundgebung

Do., 7. Februar 2019, 17.00 Uhr Bremer Marktplatz

Die USA, die EU und viele europäische Staaten versuchen mit allen Mitteln in Venezuela einen regime change durchzusetzen. Putsch- und Mordversuche, Destabilisierung, Sanktionen, Desinformation, Manipulation sozialer Medien, Unterstützung paramilitärischer Organisationen haben bisher nicht vermocht, die venezolanische Regierung zu kippen.

Welches „Verbrechen“ haben die venezolanischen Regierungen unter Chavez und Maduro begangen? Sie haben versucht, die Lebenssituation der armen Bevölkerung zu verbessern. Sie haben versucht, einen Teil des Reichtums des Landes der Bevölkerung zu Gute kommen zu lassen. Die Oligarchie in Venezuela, zwanzig



Familien, die sich seit Jahrhunderten Reichtum und Macht im Land teilen, hat begriffen, dass den Armen nur geben kann, wer den Reichen nimmt. Das soll verhindert werden. Mit Gewalt.

Die Kampagne gegen die Regierung erinnert an den Putsch in Chile 1973. Auch damals wurde maßgeblich von den USA eine wirtschaftliche Krise provoziert, die das Militär

dann als Vorwand für den Sturz und die Ermordung des gewählten sozialistischen Präsidenten Allende nahm. Dass Trump den rechtsradikalen Vertreter der venezolanischen Oberschicht Guaidó als Präsidenten anerkennt, wundert nicht. Er hat ja auch den brasilianischen Faschisten Bolsonaro zum Freund. Aber dass der bundesdeutsche Außenminister Maas sich so unverfroren über Recht und Gesetz hinwegsetzt und sich auf die Seite des Putschisten Guaidó stellt, zeigt einmal mehr, was die wirklichen westlichen Werte sind. In diesem Falle sind die westlichen Werte das venezolanische Öl.

Die USA bedrohen Venezuela mit 5000 Soldaten an der Grenze. Die EU stellt Ultimaten. Die venezolanische Bevölkerung wird ausgehungert um endlich aufzugeben. Menschenrechte, Völkerrecht, ein Dreck, wenn es darum geht zu verhindern, dass ein Volk seinen eigenen Weg geht und die Reichtümer des Landes

einsetzt für
Armutsbekämpfung,
Bildung, Gesundheit.
Diesem Programm gilt
unsere Solidarität.



Bremen-Cuba: Solidarität
konkret;
Bremer Friedensforum

V.i.S.d.P.: M. Schmidt